

17. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **„Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ begleiten und auf Grundschulen ausweiten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das vom Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 2014 beschlossene und vom Berliner Senat bereits zum Großteil umgesetzte „Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ trägt mit dazu bei, dass die Schulpflicht schnell und konsequent durchgesetzt wird.

Da Schülerinnen und Schüler nicht ausschließlich in Berliner Oberschulen schwänzen und die Begleitung der Umsetzung des Programms sinnvoll ist, wird der Senat dazu aufgefordert,

1sicherzustellen, dass die Maßnahmen des „Berliner Programms zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ und die in diesem Zusammenhang geänderte Ausführungsvorschrift auch für die Berliner Grundschulen gelten und umgesetzt werden;

2darauf hinzuwirken, dass das Pilotprojekt zum Umgang mit verfestigter Schuldistanz im Bezirk Mitte mit der vereinbarten Verfahrensweise zwischen Schule, Schulamt, Jugendamt und Familiengericht von allen bezirklichen Schulträgern eingeführt wird;

3die vollständigen, entschuldigten und unentschuldigten Fehltage der Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 1 bis 10, die Anzahl der von den Grund- und Oberschulen beim zuständigen Bezirksschulamt mitgeteilten Schulversäumnisanzeigen sowie die Anzahl der von den Bezirken gegen Erziehungsberechtigte eingeleiteten Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen die Schulpflicht schulhalbjährig und zentral zu erfassen sowie dem Berliner Abgeordnetenhaus schulhalbjährig mitzuteilen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2016 zu berichten.

### ***Begründung:***

Seit vier Jahren steigt die Zahl der Schulschwänzerinnen und -schwänzer in Berlin. Inzwischen macht jede vierte Schülerin und jeder vierte Schüler blau. Allein in der zweiten Hälfte des Schuljahres 2013/2014 haben über 24.000 Schülerinnen und Schüler an Oberschulen in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 unentschuldigt gefehlt. Von ihnen haben 19.600 bis zu 10 Tage unentschuldigt gefehlt. Fast 2.500 Schüler/innen haben 11 bis 20 Tage, 1.200 Schüler/innen 21 bis 40 Tage und 873 Schüler/innen sogar mehr als 40 Tage geschwänzt.

Nur die kontinuierliche Teilnahme am Unterricht schafft die Voraussetzungen dafür, einen Schulabschluss zu erreichen. Deshalb hat das Berliner Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2014 das „Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ zur schnellen und konsequenten Durchsetzung der Schulpflicht beschlossen, das bereits zum Großteil vom Senat umgesetzt wurde.

Da Schülerinnen und Schüler auch in Grundschulen schwänzen, muss so früh wie möglich gegengesteuert werden. Deshalb ist sicherzustellen, dass die Maßnahmen des „Berliner Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ auch in den Grundschulen umgesetzt werden, um auch in diesen die schnelle und konsequente Durchsetzung der Schulpflicht zu gewährleisten. Um zudem für eine landesweit einheitliche Vorgehensweise im Umgang mit verfestigter Schuldistanz zu sorgen, soll das Modellprojekt im Bezirk Mitte in allen Bezirken eingeführt werden. Es ist dringend erforderlich, dass die zuständigen Behörden wie Schulen, Schulämter, Jugendämter und Familiengericht enger zusammenarbeiten.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Umsetzung des Programms zu begleiten. Voraussetzung hierfür ist die reale Entwicklung im Blick zu haben. Aufgrund dessen sollen die Fehltage in den Jahrgangsstufen 1 bis 10, die Anzahl der von den Grund- und Oberschulen beim zuständigen Bezirksschulamt mitgeteilten beschleunigten Schulversäumnisanzeigen sowie die Anzahl der von den Bezirken gegen Erziehungsberechtigte eingeleiteten Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen die Schulpflicht schulhalbjährig und zentral erfasst werden. Bisher gilt das lediglich für die Erfassung der Fehltage und hier ausschließlich für die Jahrgangsstufen 7 bis 10.

Berlin, 4. Januar 2016

Saleh Langenbrinck Oberg  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Graf Dr. Juhnke Friederici  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU